

Wahlkampfthemen. Teil III, Die Finanzpolitik : vom Runden Tisch bis zur Kapitalgewinnsteuer

Autor(en): **Ballanti, Dario**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **26 (1999)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-909789>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Vom Runden Tisch bis zur Ka

In finanzpolitischen Fragen verläuft die klassische Frontlinie weiterhin zwischen Rot-Grün und Bürgerlichen. Zudem scheinen Freisinnige und Christlichdemokraten intern in zwei Lager gespalten.

Ein heikler Ausgleich zwischen Zugeständnissen im Sozialbereich, wie sie der rot-grüne Block fordert, und Steuererleichterungen, wie sie die bürgerlichen Parteien postulieren: So präsentiert sich die schwierige Aufgabe von Bundesrat Kaspar Villiger, der bei jeder Massnahme zur Sanierung der Bundesfinanzen die Anliegen sowohl der Wirtschaft als auch der Arbeitnehmer berücksichtigen muss. Eine Kompromisslösung zu finden ist absolute Pflicht, denn das Volk hat bekanntlich immer das letzte Wort. Die schmerzliche Abfuhr bei der ersten Arbeitsgesetz-Vorlage (im Dezember 1996) sowie das Volksnein bei der Kürzung der Arbeitslosenentschädigung (im Sep-

tember 1997) haben den Bundesrat dazu bewogen, einen Runden Tisch einzuberufen und gemeinsam mit den wichtigsten Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern einen Kompromiss auszuhandeln.

Dario Ballanti

Angesichts ihrer Bedeutung wird die Finanzpolitik auch im Vorfeld der diesjährigen Parlamentswahlen zu den heissesten Wahlkampfthemen zählen. Im Verlaufe der letzten Wintersession bezogen die Parteien hierzu bereits Stellung. Einen der Schwerpunkte bildete nämlich der Haushaltsplan 2001, mit dem der Bundesrat das Bundesdefizit bis ins Jahr 2001 auf 1 Milliarde Franken reduzieren will. Es handelt sich dabei um ein Massnahmenpaket, das in den kommenden drei Jahren Einsparungen in der Höhe von drei Milliarden Franken einbringen soll. Ein klar gestecktes Ziel also, das von den wichtigsten politischen Kräften des Landes sowie von den Sozialpartnern mitgetragen wird. Im vergangenen Jahr hatte man sich anlässlich der Runden-Tisch-Gespräche zur Finanzlage auf einen Kompromiss einigen können.

Die Linke mit Vorbehalten

Zwar sind sich alle darin einig, dass die Bundesfinanzen saniert werden müssen – die Ansichten darüber, wie dies nun konkret erreicht werden soll, gehen jedoch auseinander. Der rot-grüne Flügel etwa hat rund zwanzig Änderungsvorschläge für die letztlich mit grosser Mehrheit angenommene Kompromisslösung präsentiert. Die Sozialdemokraten und die Grünen setzten sich ohne Begeisterung mit dem Sanierungsplan auseinander, da einmal mehr von den Bürgerinnen und Bürgern Sparopfer abverlangt werden.

Zwei Voten aus dem Nationalrat illustrieren die Unzufriedenheit der Linken: «Anstatt die Ausgaben für den

öffentlichen Verkehr zu kürzen, sollte man beim Militär mehr einsparen», forderte etwa der Gewerkschaftsvertreter Michel Béguelin (SP/VD), und die Grüne Cécile Bühlmann (LU) doppelte nach: «Wie ist es möglich, dass 400 Millionen Franken im Asylwesen eingespart werden, obwohl man dieses Geld durch Besteuerung der Grossverdiener einnehmen könnte?» In den Reihen der Sozialdemokraten kritisierten besonders die Vertreter aus der Romandie die Sparmassnahmen.

Einige unzufriedene Stimmen wurden auch aus jenen Parteien laut, die nicht am Runden Tisch vertreten waren. So kanzelte die Zürcher Nationalrätin Verena Grendelmeier vom Landesring der Unabhängigen (LdU) den Runden

«Beim Militär sollte mehr gespart werden.»

MICHEL BÉGUELIN, SP

Tisch kurzum als «Geheimbund» ab. Die LdU hat ebenso wie die Grünen und die Partei der Arbeit vergeblich die Rückweisung des Finanzpakets an den Bundesrat gefordert.

Bürgerliche Parteien für radikalere Einsparungen

Entgegengesetzte Ansichten vertraten die Bürgerlichen. Das Haushaltsziel wurde gebilligt, und gewisse Kreise hätten sogar gerne höhere Einsparungen gesehen: «Es handelt sich hier nur um einen ganz kleinen Schritt», urteilte etwa SVP-Präsident Ueli Maurer und fügte an: «Das Asylwesen ist ausser Kontrolle, und auch im Sozialwesen stehen uns die grossen Probleme noch bevor. Mit einem Runden Tisch lassen sie sich nicht lösen.» Der Bündner Ständerat Christoffel Brändli (SVP) seinerseits sorgte mit einer – im letzten Dezember vom Nationalrat abgewiesenen – Motion zur Kürzung der Entschädi-

«Mit einem Runden Tisch lassen sich nicht alle grossen Probleme lösen.»

UELI MAURER, SVP

INSERAT

INTERNATIONAL

IMG offers medical coverage worldwide with total **freedom to choose** any doctor or hospital for treatment even in the country of actual residence and **Switzerland**.

- Worldwide coverage upto **US\$ 5'000'000**.
- **24 hrs** worldwide assistance.
- Lifetime eligibility.
- Coverage of pre-existing conditions.
- No waiting period.

HEALTH

IMG partnership with the **ABB** Group provides added financial strength and security.

FREE

First 2 children below age 10

RATE EXAMPLE

*Family: Man aged 34, woman 29,
2 children aged 2 and 8*

US\$ 2'830 per year

For more information

I M G

3, rue de Berne - B.P. 1843
CH-1211 GENÈVE 1 Mt-Blanc

Tél. + 4122-738 05 81 - Fax + 4122-731 49 63

E-mail : img.geneva@vtx.ch

INSURANCE

Kapitalgewinnsteuer

gung und der Bezugsdauer von Arbeitslosen für Polemik.

CVP-Präsident Adalbert Durrer äusserte sich dagegen positiv zum Sparpaket: «Den Worten sind Taten gefolgt. Wichtig ist jetzt aber, dass der Sanierungspfad weiterverfolgt wird.» Ziemlich zufrieden zeigte sich Jean-Pierre Bonny (FDP/BE): «Es ging hier nicht nur um ein Finanzgeschäft, sondern auch um ein Zeichen der Glaubwürdigkeit von Regierung und Parlament.»



Die Gespräche am Runden Tisch haben zur langfristigen Sanierung der Bundesfinanzen beigetragen. (Foto: Keystone)

Auch die Liberale Partei billigte das Finanzpaket.

Zwei Strömungen innerhalb der FDP und der CVP

Während im linken und im rechten Lager die Positionen klar sind, kristallisierten sich bei den Zentrumsparteien zwei Strömungen heraus: eine wirtschafts-

«Den Worten sind Taten gefolgt.»

ADALBERT DURRER, CVP

freundliche und eine sozial ausgerichtete. Die Volksinitiative «Wohneigentum für alle», über die am 7. Februar dieses Jahres abgestimmt wurde, hat dies klar zum Ausdruck gebracht und wohl den Beginn des Wahlkampfes eingeläutet. Das linke Lager war dagegen, die SVP dafür – und die Christlichdemokraten und Freisinnigen intern gespalten. Rund zwanzig FDP-Parlamentarier unterstützten die von Toni Dettling (FDP/SZ) lancierte Initiative, die

eine klassische bürgerliche Forderung umfasste: milliardenhohe Steuererleichterungen für Hauseigentümer. Auch innerhalb der CVP waren die Ansichten über die Wohneigentumsinitiative geteilt.

Steuergerechtigkeit versus Finanzplatz-Attraktivität

Ein weiteres heisses Wahlkampfthema dürfte die Steuerpolitik werden. Der

neue Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Paul Rechsteiner (SP/SG), hat zum Beispiel eine (vom Nationalrat abgewiesene) Motion zur Besteuerung der Kapitalgewinne eingereicht. Die Linke wird im Wahlkampf für Steuergerechtigkeit eintreten, die Bürgerlichen werden den Finanzplatz Schweiz verteidigen. «Es ist ungerecht, dass die Arbeitnehmer ihre Steuern bezahlen müssen, während die Börsenspekulanten und Millionäre Gewinne machen, ohne einen Rappen Steuern zu entrichten», bringt Remo Gysin (SP/BS) das Problem auf den Punkt.

«Es ging um ein Zeichen der Glaubwürdigkeit von Regierung und Parlament.»

JEAN-PIERRE BONNY, FDP

Der Tessiner Freisinnige Adriano Cavadini wiederum wittert «eine linke Steueroffensive zur Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Schweiz.» ■

Parteien im Steckbrief (III)

Grüne Partei der Schweiz (Grüne)

Sitze im Nationalrat: 11
(davon je 1 Grünes Bündnis Bern, Christlich-soziale Partei Freiburg und Parteilose)
im Ständerat: –
Präsident: Ruedi Baumann (BE)
Adresse: Waisenhausplatz 21
CH-3011 Bern
Tel. +41 31 312 66 60
Fax +41 31 312 66 62
Internet: www.gruene.ch
E-Mail: gruene@gruene.ch

Die Grünen über sich:

«Wir wollen die Schweiz mit einer ökologischen Steuerreform in die Zukunft führen – dazu haben wir die Initiative «Energie statt Arbeit besteuern» eingereicht. Und wir wollen die Schweiz nach aussen öffnen – dazu unterstützen wir die Initiativen «Ja zu Europa» und für einen UNO-Beitritt.»

Freiheits-Partei (FPS)

Sitze im Nationalrat: 5
im Ständerat: –
Präsident: Jürg Scherrer (BE)
Adresse: Postfach, CH-4622 Egerkingen
Tel. +41 62 389 00 40
Fax +41 62 389 00 45
Internet: www.freiheits-partei.ch
E-Mail: fps@bluewin.ch

Die FPS über sich:

«Die Freiheits-Partei setzt sich für den Fortbestand der Eidgenossenschaft und den Erhalt der Volksrechte ein. Eine Öffnung der Schweiz gegenüber der übrigen Welt unterstützen wir, wenn sie auf der Basis von gegenseitiger Achtung und Akzeptanz basiert. Eine Mitgliedschaft der Schweiz in der EU lehnen wir ab.»

Liberale Partei der Schweiz (LPS)

Sitze im Nationalrat: 7; im Ständerat: 2
Präsident: Jacques-Simon Eggly (GE)
Adresse: Spitalgasse 32, CH-3001 Bern
Tel. +41 31 311 64 04
Fax +41 31 312 54 74
Internet: www.liberal.ch
E-Mail: info@liberal.ch

Die Liberalen über sich:

«Die Wiederbelebung des Föderalismus, die Neubeurteilung der Rolle des Staates und der Subventionen sowie die Fortführung einer Integrationspolitik in die EU gehören zu den programmatischen Schwerpunkten der Partei. Die LPS war zudem seit jeher eine Verfechterin der politischen Rechte der Fünftens Schweiz.»